Dokumentation / Januar 2026

Digitale Agenda ohne Ältere? Wege zu einer Digitalpolitik für alle

Im Fachgespräch „*Digitale Agenda ohne Ältere? Wege zu einer Digitalpolitik für alle*“, das am 07. November 2025 im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) in Berlin stattfand, wurden Herausforderungen und Erfordernisse der Umsetzung einer inklusiven Digitalpolitik diskutiert, die vor allem auch ältere Menschen in Entwicklungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse mit einbezieht und daran beteiligt. Eingeladen hatte der *Fachbeirat „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“* (kurz: DigiBäM). Neben Mitgliedern des für die 21. Legislaturperiode neu konstituierten Fachbeirats nahmen Expertinnen und Experten aus Politik, Praxis und der Zivilgesellschaft teil.

Benjamin Landes *(Bereichsleiter ISS e.V.)* eröffnete das Fachgespräch und führte als Moderator durch den Nachmittag.

Dr. Thomas Greiner (*Unterabteilungsleiter „Berufliche Bildung und lebensbegleitendes Lernen“*) verwies in seinem Grußwort aus dem BMBFSFJ auf die mit der neuen Legislaturperiode einhergehenden Kompetenzerweiterung des Gesellschaftsministeriums um den Bereich „Bildung“. Nun gelte es, eine digitale Agenda nach dem Motto „Digitale Teilhabe ist kein Privileg, sondern eine Selbstverständlichkeit“ anzugehen. Beispiele für Maßnahmen der Bundesregierung in diesem Themenfokus sind der anstehende *Zehnte Altersbericht „Bildung und Lernen im Alter“* sowie die bereits im Koalitionsvertrag avisierte *altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive*.

Dr. Rafaela Werny *(Frankfurt University of Applied Sciences / Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt a.M.)* führte in das Thema der Veranstaltung ein, indem sie das Forschungsprojekt *EQualCare* vorstellte. Im Rahmen des auf drei Jahre angelegten Projekts untersuchten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, Finnland, Schweden und Lettland unter anderem politische Strategiepapiere zur Digitalpolitik – auch auf EU-Ebene – sowie die Rolle älterer Menschen, die sich darin jeweils widerspiegelt. Zu den *zugrundeliegenden Altersbildern* stellte sie fest, dass ältere Menschen mit Blick etwa auf unterschiedliche Alters- und Einkommensgruppen, auf Bildungsstand und Geschlecht recht undifferenziert als homogene Gruppe dargestellt werden. Zudem sind die Darstellungen oftmals durch eine an der Hilfsbedürftigkeit älterer Menschen orientierten Defizitperspektive geprägt. Gelichwohl teilen sie in der Regel das Ideal von einem gesunden, erfolgreichen, unabhängigen und selbständigen Altern. Am deutschen Beispiel verdeutlichte sie, dass die Altersnormen der Politik (eher

defizitorientiertes Altersbild) nicht immer mit denen von Lobbyorganisationen und Wissenschaft (kompetenzorientiertes Altersbild) deckungsgleich sind.

Das Erfordernis, digitale Kompetenzen Älterer zu fördern, steht außer Frage, wird indes vorrangig ihrer individuellen Verantwortung zugeschrieben, die Zuständigkeit für Unterstützung eher in informellen Netzwerken (Familie, Freundinnen und Freunde) sowie im Ehrenamt verortet. Zusammenfassend stellen ältere Menschen keine Zielgruppe der Digitalpolitik dar, was ihr Exklusionsrisiko steigert.

Aus der Studie abgeleitete *politische Empfehlungen* sind die Aufrechterhaltung bzw. Gewährleistung analoger Zugangsoptionen in einem schrittweisen Übergang in die digitale Welt, die Schaffung und Weiterentwicklung begleitender Angebote zum Kompetenzerwerb und die Verfügbarkeit von Ansprechpersonen im Handlungsfeld. Von zentraler Bedeutung ist ferner die Partizipation älterer Menschen bei Entwicklung und Gestaltung digitaler Anwendungen und Benutzeroberflächen, insbesondere bezüglich wichtiger digitaler Dienste. Ältere sind frühzeitig in sie betreffende Entscheidungsprozesse einzubinden. Darüber hinaus ist der gesamtgesellschaftliche Kontext der Digitalisierung (das „Ökosystem"; gemeint sind sowohl Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft als auch Alltagsrealitäten) mitzudenken und einzubeziehen. Die Infrastruktur digitaler Dienste ist leicht zugänglich zu machen. Und schließlich geht es um digitale Daseinsvorsorge; zentrale Ziele sind die Schaffung von Voraussetzungen für ein selbständiges Leben im Alter, eine digitale Grundausstattung vor Ort vorzuhalten sowie die Vermittlung digitaler Kompetenzen und die systematische Ermöglichung digitaler Teilhabe. Hierfür braucht es die Bereitstellung benötigter Haushaltsmittel und erfordert es entsprechende Aushandlungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen.
Die Präsentation zum Vortrag von Rafaela Werny ist über folgendem Link zugänglich.

In der Podiumsdiskussion wurden verschiedene Lösungsansätze für eine inklusive Digitalpolitik erörtert. Daran teil nahmen **Jürgen Müller** *(Abteilungsleiter „Grundsatz und Digitalisierung" im BMBFSFJ)*, **Jochen Fasco** (*Direktor der Thüringer Landesmedienanstalt)*, **Dr. Regina Görner** *(Vorstandsvorsitzende der BAGSO)* sowie **Prof. Dr. Claudia Müller** (*Universität Siegen / Sprecherin des Fachbeirats DigiBäM*).

Jürgen Müller berichtete von der „Abteilung G" im BMBFSFJ, die in der Konstellation erst jüngst zusammenfand und – neben vielfältigen anderen Themenbereichen – nun auch den Bereich „Digitalisierung" umfasst. Eine Digitalstrategie sieht er „fluide und iterativ" angelegt: Es gehe darum, einzelne Maßnahmen verschiedener Ressorts zu sammeln, miteinander zu verzahnen, anzupassen und zu verbessern, wenn etwas nicht funktioniert. Für grundlegend wichtig hält er dabei, der thematischen Versäulung entgegenzuwirken und einen ganzheitlichen Kooperationsansatz verschiedener Bereiche. Für eine erfolgreiche Strategie zur Stärkung digitaler Teilhabe müssen alle gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure an einen Tisch

geholt werden, zumal es auch hier um gesellschaftlichen Zusammenhalt und das erodierende Vertrauen in den Staat gehe. Vor diesem Hintergrund lud er die Teilnehmenden der Veranstaltung direkt ein, sich an der derzeit in der Konzeptionsphase befindlichen „*altersübergreifenden digitalen Kompetenzoffensive*“ zu beteiligen.

Die Notwendigkeit, die lebensbegleitende, „komplette Bildungskette“ – „vom Kindergarten bis in den Seniorenbereich“ – auszubauen, unterstrich **Jochen Fasco**. Im Mittelpunkt seiner Arbeit in Thüringen stehen Medienbildung, Medienkompetenz und digitale Resilienz. Dabei ist auch eines seiner prioritären Anliegen die Versäulung verschiedener Ministerien aufzubrechen. Seines Erachtens seien für eine erfolgreiche Digitalpolitik vor allem „die Verantwortlichen“ gefordert. Hierunter fasst er – neben politischen Entscheiderinnen und Entscheidern – zum Beispiel auch Akteurinnen und Akteure aus Kirchen, Gesellschaft und Wirtschaft, die Menschen für eine souveräne und sichere Nutzung digitaler Möglichkeiten gewinnen können. Auch er unterstrich die Bedeutung inklusiver Digitalstrategien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und als Mittel zur Stärkung des Vertrauens in staatliche Institutionen.

Dr. Regina Görner forderte einen Paradigmenwechsel in der Digitalpolitik: Es seien nunmehr nicht mehr „die Nerds“ zu adressieren, eine Digitalstrategie müsse vielmehr die Perspektive von Endnutzerinnen und -nutzern sowie die Alltagstauglichkeit digitaler Technologien fokussieren. Sie beklagt, dass die Digitalisierung Erfahrungen und Kompetenzen älterer Menschen weitestgehend ignoriert, haben diese doch schließlich anstehende Probleme ihr Leben lang auch ohne Digitalisierung gelöst. Dass dies heute keine Rolle mehr spielen soll, wertet sie als „Entwürdigung“. Ferner sieht sie vor allem die staatlichen Verpflichtungen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern und hält den Staat für einen „schlechten Monopolisten“, wenn er nicht einmal Standards digitaler Angebote (etwa bezüglich Oberflächen behördlicher Websites und weiterer Kernfunktionen) vorzuhalten vermag. Qualifizierungsbedarf erwachse durch die Technik. Gute digitale Technologien würden sich vor allem durch Nutzerfreundlichkeit auszeichnen.

Für DigiBäM betonte **Prof. Dr. Claudia Müller** daher auch unter Bezugnahme auf den Achten Altersbericht „Ältere Menschen und Digitalisierung“ die Notwendigkeit partizipativer Technik- und Programmentwicklung mit Älteren hervor. Sie unterstrich nochmals den Standpunkt, Digitalisierung als Teil kommunaler Daseinsvorsorge zu verstehen. Voraussetzung dafür ist eine „*ermöglichende Infrastruktur*“ auf lokaler Ebene, die auf den vier Säulen *Begegnung, Begleitung, Beratung und Bildung* beruht. Sie empfahl lokale Kooperationsbündnisse. Mit Blick auf oftmals negativ konnotierte Vorstellungen herkömmlicher Bildungsformate verwies sie auf partizipative, altersgemäße Wege der *Geragogik* hin.

In der lebhaften **Diskussion zwischen Publikum und Podium** im Anschluss kamen unter anderem folgende Punkte zur Sprache:

Kontrovers diskutiert wurde das im Koalitionsvertrag ausgerufene Motto „*digital only*“, impliziere es doch den Ausschluss all jener, die nicht über die erforderliche technische Ausstattung und/oder die benötigten Kompetenzen hierfür verfügen. Jürgen Müller erläuterte, er folge eher dem Motto „*digital first*“, was für die staatliche Verwaltung vor allem auf Verschlankung der Bürokratie, auf mehr Transparenz und Barrierefreiheit der Verwaltungsprozesse abziele. Er räumte ein, dass hier bislang zu sehr Verwaltungsmitarbeitende in den Blick genommen werden, wohingegen die Nutzerorientierung prioritäres Leitmotiv sein sollte. Außerdem müsse der Übergang in die digitale Welt von Anlaufstellen vor Ort und mit Ansprechpersonen begleitet werden, auch wenn die Bearbeitung innerhalb der Verwaltung künftig digital erfolge („Ende-zu-Ende-Digitalisierung“). Und schließlich bräuchte es – auch mit Blick auf Standards – Schnittstellen zwischen Ämtern und Behörden.

Gemahnt wurde zudem nachdrücklich, *Alter* nicht nur in der Digitalisierung zu berücksichtigen, sondern dabei auch differenzierter in seiner Heterogenität zu betrachten und vor allem nicht Menschen in höherem Alter („Ü74“) außer Acht zu lassen. Außerdem bräuchte es auch ein erweitertes Verständnis von *Bildung* als das herkömmliche, primär erwerbsorientierte, das sich auf formale Formate gründet.

Deutlich wurde auch nochmal die Schlüsselrolle der Kommunen im digitalen Wandel, müssen diese letztlich doch Sorge für die digitale Grundausstattung und auch für die angekündigte Kompetenzoffensive tragen. Die Teilnehmenden sind sich einig, dass den Kommunen die hierfür benötigten finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen müssen und es einer Abstimmung hierzu zwischen Bund, Ländern und Kommunen bedarf.

Betreffs einer erfolgreichen Digitalpolitik für alle, d. h. auch, einer Digitalstrategie mit älteren Menschen, wurde der *Digitalpakt Alter (DiPA)* als gutes Praxisbeispiel herangezogen: Hier finden sich vielversprechende Ansätze einer bundesweiten kooperativen Netzwerkstruktur sowie lokaler Infrastruktur. Das Fördervolumen sei indes – gerade im internationalen Vergleich – überschaubar, nur ein Bruchteil deutscher Kommunen könnte bisher Nutzen hieraus ziehen. Es gelte daher, diesen Ansatz weiterzuentwickeln und die Reichweite des DiPA auszubauen.

Der Fachbeirat Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen will Teilhabe und Selbstbestimmtheit sowie digitale Souveränität älterer Menschen fördern.

Er wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ). Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) e.V. stellt die Geschäftsstelle für den Fachbeirat.

www.digitalisierung-und-bildung-fuer-aeltere-menschen.de

ISS Gemeinnütziger e. V.

Gefördert vom

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend